

Kürzungen in der sächsischen Lehramtsausbildung

No Future an der Universität Leipzig



Foto: Burkhard Naumann

Sehen düsteren Zeiten entgegen: Studierende und Dozierende der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Uni Leipzig demonstrieren am 15.07.2020 vor dem sächsischen Landtag in Dresden gegen die Pläne des Rektorats der Uni Leipzig

// An Sachsens Universität mit den meisten Lehramtsstudierenden sollen ab 2021 die Dozierenden deutlich mehr unterrichten, um Stellenkürzungen zu kompensieren. Im Gegenzug werden viele Stellen entfristet. Während sich das Rektorat für diesen Schritt öffentlich feiert, protestieren Dozierende und Studierende gemeinsam dagegen. //

Im Juni 2020 erreichten den Mittelbau der Universität Leipzig die Pläne des Rektorats wie eine einschlagende Bombe. Die Dozierenden in der Lehramtsausbildung, die bisher aus bis Ende 2020 befristeten öffentlichen Mitteln bezahlt werden, warteten seit Monaten auf Informationen, wie es mit ihrer Beschäftigung weitergeht. Doch mit dem, was das Rektorat als Anschlussplanung vorlegte, hatte niemand gerechnet: Die Uni will vier Fünftel der Lehre durch Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA) abdecken, welche, sollten sie in Vollzeit arbeiten, 20 Semesterwochenstunden (SWS), sprich zehn Seminare, zu unterrichten haben. Die Uni Leipzig betreibt zugleich Personalabbau und kompensiert die wegfallende Lehre, indem die verbleibenden Dozierenden 25 Prozent mehr lehren müssen. Das Lehrdeputat der LfbAs soll von bisher 16 auf 20 SWS steigen! Das entspricht an vielen Orten einer Lehrverpflichtung in der universitären Fremdsprachenausbildung. Zum Vergleich: Die reguläre Lehrverpflichtung der Professor*innen beträgt acht SWS. Dies ist eine Arbeitslast, die sich, rechnet man Vor- und Nachbereitungszeit zusammen, nicht mit einer forschungsbasierten Lehre vereinbaren lässt. Denn wann sollen Dozierende den aktuellen Forschungsstand durch das Lesen von Papers, den Besuch von Konferenzen oder sogar eigene Forschungsprojekte (mit-)verfolgen, wenn sie zu 100 Prozent durch Lehre ausgelastet sind? Die Einheit von Lehre und Forschung wird durch diese Stellenplanung aufgelöst. Die Planungen des Leipziger Rektorats betreffen vor allem die Lehramtsausbildung. Die ist in Sachsen zu

einem großen Teil an der Uni Leipzig konzentriert. Die Finanzierung dieser Studienplätze in der sächsischen Lehramtsausbildung, deren Anzahl aufgrund des Lehrkräftemangels stetig steigen, erfolgte bisher größtenteils durch befristete Sonderfinanzierungsprogramme von Bund und Land, die zum 1. Januar 2021 durch den unbefristeten „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ abgelöst werden. In diesen hatten viele Beschäftigte große Hoffnungen gesetzt, die GEW und zahlreiche Mittelbauinitiativen hatten weitreichende Forderungen gestellt. Herausgekommen ist dabei mit dem Zukunftsvertrag endlich ein unbefristetes Finanzierungsprogramm.

Zukunftsvertrag? Klingt erstmal gut

Der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, auf den sich Bund und Länder 2019 einigten, schafft tatsächlich die Möglichkeit, mehr unbefristete Stellen an Hochschulen zu schaffen. Das haben die Gewerkschaften und Mittelbauvertreter*innen schon lange gefordert, damit die Dozierenden endlich ihrer Arbeit mit gesicherter Beschäftigungsperspektive nachgehen können und nicht einem zugleich be- und entgrenztem Selbstausbeutungsprojekt. Genau solche Stellen hat die Universität nun mit den Stellen für LfbA geschaffen, wodurch die Planungen des Rektorats ein giftiges Geschenk für die Beschäftigten der Universität darstellen: Endlich werden unbefristete Stellen ausgeschrieben, diese aber zu wesentlich mieseren Konditionen, da sie mit einer sogar noch höheren Lehrverpflichtung ausgestattet sind als die befristeten Stellen, die die Dozierenden bis Ende 2020 haben.

Lehramtsausbildung? No way!

Genau gegen diese miesen Arbeitsbedingungen, nicht gegen die Entfristung der Stellen, bildete sich sofort nach Bekanntwerden der Pläne der Universität ein breites und buntes Protestbündnis. Unter dem Label „Keine #LehreOhneZukunft“ organisierten sich sehr schnell Dozierende und Studierende gemeinsam, um

Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“

In der Nachfolge des Hochschulpaktes haben Bund und Länder in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) im Mai 2019 den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ beschlossen. Die Mittel des Zukunftsvertrags – anfangs jährlich 3,88 Milliarden Euro – stehen den Hochschulen für die Lehre zusätzlich zur Grundfinanzierung durch die Länder zur Verfügung. Am 26. Juni 2020 sind die 16 Selbstverpflichtungserklärungen veröffentlicht worden, in denen die Länder erklären, nach welchen Kriterien sie die Mittel des Zukunftsvertrages an ihre Hochschulen vergeben. Bei der Ausgestaltung der Beschäftigungsbedingungen machen die Länder den Hochschulen kaum verbindliche Vorgaben. Eine Obergrenze für die Lehrverpflichtung als Grundlage für eine qualitativ hochwertige und forschungsbasierte Lehre wird an keiner Stelle thematisiert. Die GEW hat die Ländererklärungen kritisch unter die Lupe genommen: www.gew.de/verpflichtungserklaerung

gegen die schlechteren Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu protestieren. Unter Wahrung der notwendigen Hygienemaßnahmen wurden ab Juni wöchentliche Fahrraddemos zwischen dem Campus der Erziehungswissenschaft und dem Rektorat veranstaltet. Der Protest wurde außerdem von Leipzig nach Dresden vor den Landtag getragen. Hier stellten sich die bildungspolitischen Sprecher*innen aller Landtagsfraktionen (bis auf die AfD) den Fragen der Protestierenden. Gerade die Bildungspolitiker*innen der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen verurteilten das Vorgehen der Universität Leipzig scharf und forderten das Rektorat auf, im Gespräch mit den Gewerkschaften und dem Mittelbau eine Lösung für den Konflikt zu finden. Pikant daran ist, dass es die Regierungsparteien hierbei vor der Mittelvergabe unterlassen hatten, durch geeignete Rahmenbedingungen in Form einer Verwaltungsvereinbarung den eigenwilligen Alleingang der sächsischen Universitäten zu verhindern.

Da das Rektorat in dem sich immer offener zeigenden Konflikt nicht einlenkte und auch nicht bereit war, mit Studierenden und Dozierenden über eine mögliche Lösung des Problems zu verhandeln, kam es Ende Juli zur Besetzung des Rektorats durch eine kleine, aber entschlossene Gruppe von Studierenden. Während dieser Besetzung, die auch stets unter Einhaltung konsequenter Hygieneregeln erfolgte, kam es endlich zu Gesprächen zwischen Rektorat und Studierenden. Die Studierenden forderten, dass das Lehrdeputat der Dozierenden deutlich unter 20 SWS zu senken sei, damit eine individuelle Betreuung der Studierenden möglich sei und das Studium nicht noch mehr zu einem Massenabfertigungsbetrieb werde. Das Rektorat war leider nicht bereit, sich auch nur wenige Millimeter zu bewegen und bestand auf seiner Sichtweise, dass man mit 20 SWS sehr wohl individuelle Betreuung und auch noch nebenher Forschung hinbekommen könne. Das Bündnis „Keine #LehreOhneZukunft“ plant nun für das kommende Wintersemester die nächsten Schritte. Klar ist nämlich: Für die gute Ausbildung der zukünftigen Lehrer*innengeneration lohnt es sich zu kämpfen! Wie in Leipzig entscheidet sich in diesen Monaten an allen Hochschulen im Land, wie die ab 1. Januar 2021 zur Verfügung stehenden Mittel des Zukunftsvertrages eingesetzt werden. Die GEW fordert gemeinsam mit ver.di und dem Netzwerk Gute Arbeit in der Wissenschaft im Bündnis „Frist ist Frust“, frististfrust.net, alle Stellen aus diesen Mitteln unbefristet und mit einem regulären Lehrdeputat von acht SWS zu vergeben, um die Einheit von Forschung und Lehre zu bewahren.



Foto: privat

Adrian Weiß gehört seit 2018 dem Sprecher*innenteam des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) an. Er hat an der Universität Leipzig Geschichte und Deutsch für das Lehramt an Gymnasien studiert.